

Baustein elf:

EU – die politische Wirtschaftsunion

Von Eckart D. Stratenschulte

Inhalt des Bausteins elf

Inhalt des Bausteins elf

Titelseite

Kapitel eins: Informationen für Lehrende

Kapitel eins eins: Worum es geht

Kapitel eins zwei: Die Gründung der Europäischen Union

Übersicht: Politische Impulse der ökonomischen Integration der EG beziehungsweise EU

Kapitel eins drei: EU: Größter Binnenmarkt der Welt

Kapitel eins vier: Das Unbehagen in der Europäischen Union

Kapitel eins fünf: Der Euro und seine Krise

Kapitel eins sechs: Das soziale Europa

Kapitel eins sieben: Chlorhühnchen auf Europareise: TTIP

Kapitel zwei: Literaturverzeichnis

Kapitel drei: Methodisch-didaktische Anmerkungen zu den Arbeitsmaterialien

Kapitel drei eins: Zu den Lernmaterialien im Einzelnen

Lernmaterial eins

Lernmaterial zwei

Lernmaterial drei

Lernmaterial vier

Lernmaterial fünf

Lernmaterial sechs

Lernmaterial sieben

Lernmaterial acht

Lernmaterial neun

Lernmaterial zehn

Kapitel vier: Lernmaterialien

Kapitel vier, Lernmaterial eins: Gründungsimpuls für die erste Europäische Gemeinschaft (für Kohle und Stahl)

Arbeitsvorschläge

Kapitel vier, Lernmaterial zwei: Geschichte der Integration: Vertiefung und Erweiterung

Die Ereignisse von 2013 absteigend bis 1952

Kapitel vier, Lernmaterial drei: Politisch richtig – ökonomisch falsch? Der Streit um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

Anmerkungen

Erläuterungen

Arbeitsvorschläge

Kapitel vier, Lernmaterial vier: Politische Impulse der ökonomischen Entwicklung der europäischen Integration

Darstellung von Impulsen und Ereignissen

Arbeitsvorschläge

Kapitel vier, Lernmaterial fünf: Freizügigkeit im Binnenmarkt

Arbeitsvorschläge

Kapitel vier, Lernmaterial sechs: Die Stabilisierung des Euro

Arbeitsvorschläge

Kapitel vier, Lernmaterial sieben: Scheitert der Euro, scheitert Europa? – Eine Debatte

Text eins

Text zwei

Arbeitsvorschläge

Kapitel vier, Lernmaterial acht: Die Strukturpolitik der Europäischen Union

Arbeitsvorschläge

Kapitel vier, Lernmaterial neun: Was die Europäer wünschen ...

Arbeitsvorschläge

Kapitel vier, Lernmaterial zehn: TTIP: Chlorhühnchen auf Europareise?

Arbeitsvorschläge

Titelseite



Kapitel eins: Informationen für Lehrende

Kapitel eins eins: Worum es geht

Die Bundesrepublik Deutschland ist Teil der Europäischen Union und auch wirtschaftlich eng mit dieser verflochten. Die Europäische Union wiederum verfügt über den wertmäßig größten Binnenmarkt der Welt mit einem Volumen von über dreizehn Billionen Euro und mehr als einer halben Milliarde Konsumenten (Textquelle: Eurostat 2014; Stratenschulte 2014 a; Stratenschulte 2014 b).

Viele wirtschaftliche Kompetenzen werden nicht mehr von den Mitgliedstaaten, also beispielsweise von Deutschland, wahrgenommen, sondern von der Europäischen Union. Diese ist ausschließlich für Handels- und Zollfragen zuständig, bestimmt über die Zulässigkeit von Subventionen an Unternehmen und übt eine kartellrechtliche Kontrolle über in den Mitgliedstaaten tätige Unternehmen aus.

Die Europäische Union ist also ein hochintegriertes und bedeutendes wirtschaftliches Gebilde. Kein Wunder, dass sie vor allem als Wirtschaftsgemeinschaft wahrgenommen wird. Aber dieser Eindruck ist falsch. Die wirtschaftliche Kooperation ist nicht der Grund der europäischen Integration, sondern deren Instrument. Von Beginn der Europäischen Gemeinschaften an diente die wirtschaftliche Verbindung dazu, die politischen Ziele zu erreichen.

Ziel dieses Moduls ist es, den politischen Grundcharakter der Europäischen Union aufzuweisen. Denn ohne die ökonomische Relevanz der EU zu negieren, ist es doch wichtig festzuhalten, dass ihre Handlungen und Politiken nicht verständlich sind, wenn man sie als – ausschließlich oder in erster Linie – ökonomisch handelnde Institution (miss)versteht. Deshalb soll im Weiteren auf einige zentrale Aspekte eingegangen werden, die diese immanent politische Natur der EU belegen – und jeweils auch zu Kontroversen führen: der Binnenmarkt mit seiner Arbeitskräftefreizügigkeit, die sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich in unseren Gesellschaften, die Währungsunion und das zurzeit verhandelte Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) mit den USA.

Den Lernenden soll anhand von Texten, Schaubildern und Rechercheaufgaben nicht nur verdeutlicht werden, worum es beim jeweiligen Thema geht; sie sollen auch in die Lage versetzt werden, sich eine eigene Meinung zu dem Thema bilden und sich mit dem jeweiligen Politikbereich selbst in Beziehung setzen zu können. Dass die Europäische Union umfangreicher ist, als sie im Rahmen eines solchen Moduls dargestellt werden kann, ist kein Geheimnis. Wenn das Interesse geweckt ist, gibt es jedoch viele Möglichkeiten, diesem nachzugehen. Auf die zahlreichen Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) sei hier ausdrücklich verwiesen.

Kapitel eins zwei: Die Gründung der Europäischen Union

Der Gründungsimpuls war die berühmte Rede des französischen Außenministers Robert Schuman am 9. Mai 1950, in der er die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands und Frankreichs vorschlug. Seine Begründung war eindeutig: Ein Krieg zwischen den beiden Nationen sollte „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ (Textquelle: Schuman 1950) werden. 1951 entstand daraus die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, kurz EGKS, die 1952 ihre Arbeit aufnahm. Neben Frankreich und Deutschland gehörten ihr Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg an.

Vorausgegangen waren der Schuman-Deklaration lange Diskussionen im 1949 entstandenen Europarat, diesen zu einer „europäischen politischen Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten“ zu formen (Textquelle: Loth 2014, 86/1772). Dieses Vorhaben scheiterte vor allem am britischen Widerstand. Die EGKS war also gewissermaßen eine Ausgründung aus dem Europarat, geschaffen in der Erwägung, „daß der Weltfriede nur durch schöpferische, den drohenden Gefahren angemessene Anstrengungen gesichert werden kann“ (Textquelle: EGKS-Vertrag 1951, Rechtschreibung im Original), wie es im Gründungsvertrag hieß.

Als Kohle ihre grundlegende Bedeutung verlor, da sie zunehmend von anderen Energieträgern wie Gas und Öl ersetzt wurde und die Angst vor einem Stahlmangel beim Wiederaufbau Europas sich als gegenstandslos erwies, wurde die monosektorale Integration durch die Römischen Verträge von 1957 auf die gesamte

Wirtschaft ausgeweitet. Neben der Europäischen Gemeinschaft für Atomenergie entstand die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die über lange Zeit das Bild von den Europäischen Gemeinschaften geprägt hat. Durch die EWG sollte das schon der EGKS gesteckte Ziel erreicht werden, weshalb die Gründerstaaten sich in den Erwägungsgründen des Vertrags auch entschlossen zeigen, „durch diesen Zusammenschluß ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen“ (Textquelle: EWG-Vertrag, Rechtschreibung im Original) – verbunden mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, sich dieser Gemeinschaft anzuschließen.

Auch der nächste wirtschaftliche Integrationsschub, der 1993 in Kraft getretene – und immer noch nicht vollständige – Binnenmarkt, reagierte auf einen politischen Impuls. Er war Teil des Maßnahmenpakets des Kommissionspräsidenten Jacques Delors, um die Paralyse der Europäischen Gemeinschaften, die in dieser Zeit unter dem Titel „Eurosklrose“ diskutiert wurde, zu überwinden (vergleiche Brunn 2009, Seite 230 bis 255).

Der vorläufig letzte große ökonomische Integrationsschritt war die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion und der gemeinsamen Währung Euro. Zwar ist der Euro derzeit nur in 18 von 28 Mitgliedstaaten das Zahlungsmittel (Litauen kommt 2015 als Nummer 19 hinzu), aber Artikel 3 des EU-Vertrags bestimmt klar: „Die Union errichtet eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist“ (EU-Vertrag 2007, Artikel 3 [4]).

Während es einerseits wichtig ist, das ökonomische Gewicht der Europäischen Union zu verstehen, ist es andererseits bedeutsam zu erkennen, dass sie im Kern eine politische Gemeinschaft ist und dass sie im Zweifelsfall politische Überlegungen vor ökonomische Erwägungen stellt. Das war bei der Währungsunion so, bei der auch ihre Befürworter zu keinem Zeitpunkt behauptet haben, es handele sich um einen optimalen Währungsraum, aber es ist auch bspw. bei den Erweiterungsrunden zu beobachten. Vor allem die Süderweiterung der EG in den 1980er Jahren (zuerst Griechenland 1981, dann Portugal und Spanien 1986) und die Ost- beziehungsweise Süderweiterung der EU 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn beziehungsweise Malta und Zypern) und 2007 (Bulgarien und Rumänien) folgte diesem Muster.

Übersicht: Politische Impulse der ökonomischen Integration der EG beziehungsweise EU

Friedenssicherung durch Kooperation = Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952

Bedeutungsverlust von Kohle und Stahl = Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1958

„Eurosklrose“ = Binnenmarkt 1992

Einbindung des größeren Deutschlands in EU = Währungsunion (Euro) 1993

Kapitel eins drei: EU: Größter Binnenmarkt der Welt

Entgegen vielen Befürchtungen hat sich die Europäische Gemeinschaft beziehungsweise Europäische Union auch wirtschaftlich zu einem Erfolg entwickelt. Wesentlich dazu beigetragen hat der europäische Binnenmarkt, der aus der gesamten Europäischen Union einen freizügigen Markt macht, wie man das aus dem nationalen Rahmen kennt: Jeder kann kaufen, wo er will, seine Dienstleistungen beziehen, von wo er will, kann sich den Arbeitsplatz aussuchen und sein Geld in einem beliebigen Ort des Markts investieren.

Diese vier Freiheiten des Binnenmarkts (Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Arbeit und Kapital) haben zu einer Wohlstandsmehrung in der Europäischen Union geführt. Die Europäische Kommission, von Beginn an die treibende Kraft zur Durchsetzung und Vervollkommnung des Binnenmarkts, wird nicht müde, dessen Vorteile zu loben (Textquelle: Europäische Kommission 2014), aber auch die Wirtschaftswoche resümiert: „Wenn Schranken zwischen Ländern fallen, können produktivere Unternehmen Marktanteile von weniger produktiven Unternehmen im Ausland übernehmen. Schärferer Wettbewerb führt zu niedrigeren Preisen und mehr Auswahl. Ein größerer Heimatmarkt ist gleichzeitig ein Vorteil für Unternehmen, die von Skaleneffekten profitieren können“ (Textquelle: Wirtschaftswoche 2014).

Allerdings bezieht sich die aktuelle politische Debatte über den Binnenmarkt auf tatsächliche oder empfundene Nachteile, die ein solcher Freiraum mit sich bringt. Die Kritik an nach wie vor vorhandenen Beschränkungen ist dabei auf einen Kreis von Experten beschränkt, wohingegen die öffentliche Diskussion sich vor allem auf die Fragen der Freizügigkeit von Arbeitskräften und die Einbeziehung der Daseinsvorsorge in ein

marktwirtschaftliches Regularium konzentriert.

Seit dem 1. Januar 2014 sind die letzten Mobilitätshürden für die Bürgerinnen und Bürger der 2007 beigetretenen Staaten Rumänien und Bulgarien gefallen. Es sind eigentlich nicht besonders viele Menschen aus beiden Ländern, die seitdem in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind. Ein Teil von ihnen hat dennoch Aufmerksamkeit erregt, weil er sich in einigen wenigen deutschen Städten konzentriert hat, der ethnischen Minderheit der Roma angehört und über geringe Qualifikationen verfügt. Die Öffentlichkeit nimmt die Qualifikationsstruktur der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien allerdings verzerrt wahr. Tatsächlich ist der Anteil der Hoch- und der Mittelqualifizierten gegenüber dem Durchschnitt der Deutschen signifikant höher (vergleiche Brückner, Hauptmann und Vallizadeh 2013).

Diese Menschen dürfen im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Deutschland kommen und sich hier zur Arbeitssuche aufhalten. Umstritten und von verschiedenen Gerichten bislang unterschiedlich geregelt ist die Frage, ob ihnen für diese Zeit der Arbeitssuche soziale Unterstützung zusteht. Das Contra-Argument ist gut bekannt: keine Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme! Das Pro-Argument, das auch vom Europäischen Gerichtshof vertreten wird, lautet: Ein Arbeitnehmer kann sein Recht auf Arbeitsaufnahme im europäischen Ausland nur wahrnehmen, wenn er die Chance erhält, dort überhaupt Arbeit zu suchen und zu finden. Insofern ist es der Freizügigkeitsregelung immanent, sie in dieser Zeit auch materiell zu unterstützen. Das Bundessozialgericht hat im Dezember 2013 die Frage, ob ein dauerhafter Ausschluss ausländischer EU-Bürger, die sich ausschließlich zum Zweck der Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, von Sozialleistungen mit dem Gleichheitsgrundsatz des europäischen Rechts vereinbar sei, dem Europäischen Gerichtshof zur Vorab-Entscheidung vorgelegt (beachte Eckhardt 2013).

Auch in anderen Ländern gab es Angstkampagnen gegen Zuwanderung. Berühmt wurde die Diskussion um die „polnischen Klempner“ in Frankreich, die angeblich den Franzosen die Arbeitsplätze wegnähmen (vergleiche Barysch 2006). Diese Debatte hat wohl zur Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags durch die Franzosen im Referendum vom Mai 2005 beigetragen. Während polnische Arbeitskräfte mittlerweile integriert und Teil der europäischen Normalität geworden sind, konzentriert sich die Diskussion jetzt auf Zuwanderer aus Südosteuropa.

Kapitel eins vier: Das Unbehagen in der Europäischen Union

Trotz des unbestreitbaren Erfolgs des Binnenmarkts gibt es also viele Sorgen und auch Kritik. In der Standardumfrage der Europäischen Kommission (Eurobarometer) sind fünf der wichtigsten Probleme, die die Interviewten nannten, ökonomischer Natur: die wirtschaftliche Lage, die Arbeitslosigkeit, der Zustand der öffentlichen Finanzen, die Migration (die man natürlich auch politisch problematisieren kann) und die Preisentwicklung (Eurobarometer 81 2014, Seite 12). Die Lage der jeweiligen nationalen Wirtschaft beurteilen 63 Prozent, die der europäischen Wirtschaft 56 Prozent negativ, was übrigens mit der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage insofern konfligiert, als diese von rund zwei Dritteln der Befragten als „insgesamt gut“ angegeben wurde (Textquelle: ebenda, Seite 14).

Tatsächlich stellt sich nicht nur in der Empfindung der bei der Meinungsforschung Befragten die Situation in den verschiedenen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich dar. Während die südlichen Länder unter einer Abwanderung ihrer qualifizierten Arbeitskräfte leiden, die sie wegen fehlender Arbeitsplätze oder niedriger Löhne nicht halten können (Braindrain), profitiert die Bundesrepublik Deutschland davon erheblich. Trotz dieser Abwanderung ist die Arbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern unerträglich hoch. Und für alle Länder gilt: Die Ungleichheit wird immer größer, die Reichen werden reicher und mehr Menschen werden (zumindest relativ) arm. Hierüber gibt es zahlreiche Statistiken. Die Angst vor Armut erfasst auch viele, die von ihr (noch?) nicht betroffen sind.

Die Meinungsumfrage Eurobarometer stellt in der Nummer 81 aus dem Jahr 2014 fest: „Knapp ein Drittel der Europäer ist der Meinung, dass das Risiko besteht, dass sie von Armut betroffen sein könnten: 32 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage zu (+7 Prozentpunkte seit der Spezial-Eurobarometer-Umfrage vom Januar/Februar 2009). Lediglich etwas mehr als vier von zehn Europäern stimmen der Aussage nicht zu (42 Prozent, -10), und 23 Prozent stimmen weder zu noch nicht zu (+2). Das Gefühl, dem Risiko der Verarmung ausgesetzt zu sein, ist seit Anfang 2009 deutlich gestiegen. Ursächlich hierfür sind aller Wahrscheinlichkeit nach

die Schwere und Dauer der Krise“ (ebenda, Seite 29).

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat diesen Fakten mit seinem viel beachteten Buch *Kapital* im 21. Jahrhundert (2014) einen theoretischen Unterbau verliehen und auch aufgewiesen, wie eine Wirtschaftsordnung, in der der Besitz von Kapital größere Gewinne erzielt als die Verfügung über Arbeitskraft, auch die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft erodieren lässt.

Einen Weg aus der gegenwärtigen Situation sieht Piketty nur durch eine klare europäische Orientierung: „Wenn wir die Kontrolle über den Kapitalismus wiedererlangen wollen, müssen [wir] voll auf die Karte der Demokratie setzen – und in Europa auf Demokratie im europäischen Maßstab. Größere politische Gemeinschaften wie die Vereinigten Staaten oder China haben eine erweiterte Auswahl an Möglichkeiten, aber für die kleinen Länder Europas, die im Verhältnis zur globalen Ökonomie bald noch viel kleiner aussehen werden, kann ein Rückzug ins Nationale nur zu einer noch größeren Frustration und Enttäuschung führen als diese derzeit schon mit der Europäischen Union besteht“ (Textquelle: Piketty 2014, 573/577, eigene Übersetzung).

Kapitel eins fünf: Der Euro und seine Krise

Starke Einbußen haben das Ansehen, aber auch die wirtschaftliche Performance der Europäischen Union durch die Währungskrise seit dem Jahr 2010 erlitten. Wurde zu Beginn der internationalen Finanzkrise, die ja nicht vom Euroraum ausging, die gemeinsame Währung noch als Schutzburg gelobt, die das Schlimmste für die europäischen Länder verhindern werde, offenbarte sich im Jahr 2010, dass sich ein Mitglied der Eurozone, nämlich Griechenland, nicht mehr in der Lage sah, seine Schulden zu bedienen. Schlimmer noch: Die neugewählte hellenische Regierung musste zugeben, dass die Zahlen, die sie der EU gemeldet hatte, seit Jahren manipuliert und falsch waren.

Gemäß der No-Bail-Out-Klausel des Artikel 125 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, kurz AEUV, haftet ein Mitgliedstaat nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaates und tritt für dessen Lasten auch nicht ein. Da aber die Gefahr bestand, dass Griechenland einen Staatsbankrott erleiden würde – was neben allen Überlegungen zur europäischen Solidarität auch weitgehende Ansehens- und Finanztransaktionsverluste für die anderen Eurostaaten mit sich gebracht hätte –, sahen die anderen Eurostaaten sich genötigt, Griechenland doch mit Krediten zu unterstützen, und zwar außerhalb der Europäischen Verträge, die ja genau so etwas nicht vorsahen. Dieses erste Griechenland-Paket hatte ein Volumen von über 100 Milliarden Euro, von denen allerdings lediglich 73 Milliarden Euro ausgereicht wurden, davon 52,9 Milliarden von der Eurozone, der Rest vom Internationalen Währungsfonds (Textquelle: Bundesministerium der Finanzen 2014).

Schnell wurde jedoch deutlich, dass Griechenland nicht der einzige Kandidat auf Unterstützung bleiben und dass die gewährte Hilfe nicht einmalig sein werde. Es wurde klar, dass sich noch andere Regierungen nicht an die Reduktion der Verschuldung gemacht und Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität vernachlässigt hatten, so wie dies durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt eigentlich vorgesehen gewesen war, der seinerseits die auf lange Sicht angestrebte und für das Funktionieren des einheitlichen Währungsraums als notwendig erachtete Konvergenz der Eurostaaten hätte herstellen sollen; dass die Nichteinhaltung der Kriterien keine negative Folgen für die betreffenden Staaten gehabt hatte, erklärt sicherlich deren geringe Beachtung. Und so wurde über verschiedene Etappen der dauerhafte Euro-Rettungsschirm ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) geschaffen, der es Staaten ermöglicht, die Hilfe der Partner in Anspruch zu nehmen. Der ESM ist auf ein Ausleihvolumen von 500 Milliarden Euro ausgelegt und beläuft sich – wegen einer Übersicherung, die Voraussetzung einer hohen Bonität ist – auf 700 Milliarden Euro. Ein Teil dieses Betrags, 80 Milliarden Euro, ist von den Eurostaaten tatsächlich eingezahlt worden, die restliche Summe ist abrufbar.

Die Eurokrise traf die Bürgerinnen und Bürger der Euroländer unvermittelt und führte zu einem heftigen Wiederaufleben von Nationalismus und Vorurteilen. In den stabilen Euroländern – wie Deutschland, den Niederlanden oder Finnland – wurde gemutmaßt, die Südländer würden sich mit „unserem Geld“ auf die faule Haut legen. Das führte dann zu Schlagzeilen wie die der Bild vom 27. Oktober 2010: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen ... und die Akropolis gleich mit!“ Im Text des Artikels heißt es dann unter anderem: „Auch wenn es vielleicht verrückt klingt: Wenn wir den Griechen doch noch mit Milliarden Euro aushelfen müssen, sollten sie dafür auch etwas hergeben – zum Beispiel ein paar ihrer wunderschönen Inseln. Motto: Ihr kriegt

Kohle. Wir kriegen Korfu“ (Textquelle: Bild 2010).

Die Politikerinnen und Politiker der Geberländer versuchten, sich des öffentlichen Drucks in ihren Ländern auch dadurch zu erwehren, dass sie darauf bestanden, dass es in den Nehmerländern – das waren bis Mitte 2014 neben Griechenland auch Portugal, Spanien, Irland und Zypern – einen strengen Reformkurs zur Gesundung der Staatsfinanzen gab. Überwacht wurde und wird das Reformprogramm von der sogenannte Troika, einer Arbeitsgruppe, die aus Beamten der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds besteht. Diese Troika und die hinter ihr stehenden politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, darunter in erster Linie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, wurden für die Sparmaßnahmen (geringere Staatsausgaben bei gleichzeitigen Steuererhöhungen und Renten- und Sozialleistungskürzungen) verantwortlich gemacht, die von der betroffenen Bevölkerung als „Grausamkeiten“ empfunden wurden. Plakate, die Bundeskanzlerin Merkel in SS-Uniform zeigten, gehörten bald zur südeuropäischen Protestfolklore.

So fühlten sich in der Eurokrise alle als Opfer: Die Bürgerinnen und Bürger der Geberländer sahen sich als Opfer mediterranen Schlendrians, die Menschen in den Nehmerländern nahmen sich als Opfer eines von ausländischen Diktaten herbeigeführten sozialen Kahlschlags wahr. Die Eurokrise hat damit neben der ökonomischen auch eine politische Dimension, deren Konsequenzen langfristig sogar einschneidender sein könnten als die finanziellen Belastungen.

Kapitel eins sechs: Das soziale Europa

Für die Akzeptanz der Europäischen Union wird es daher von großer Bedeutung sein, ob es gelingt, die sozialen Vorstellungen von Artikel 3 des EU-Vertrags in die Realität umzusetzen. War es im 20. Jahrhundert die zentrale Aufgabe der EU, den Frieden in Europa zu sichern, lautet die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, den sozialen Frieden zu gewährleisten.

Dabei werden allerdings oft Ansprüche an die EU gestellt, die diese nicht erfüllen kann, da ihr die Mittel und die Kompetenzen fehlen, wie das zum Beispiel in der Steuer- und Sozialpolitik der Fall ist. Der Haushalt der Europäischen Union beträgt (2014) für 28 Länder rund 140 Milliarden Euro; das ist weniger als die Hälfte des Bundeshaushalts (ohne Länder und Kommunen). Die Europäische Union kann auch – außer in den eigenen Behörden – keine Arbeitsplätze schaffen, sondern deren Entstehung nur indirekt durch die Strukturpolitik unterstützen. Die Leistungen der Strukturfonds sind allerdings nicht unerheblich. Oft sind auch in der eigenen Region Projekte mit EU-Strukturmitteln gefördert.

Tatsächlich ist es so, dass ein wesentlicher Teil der Unzufriedenheit der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sich nicht daraus speist, dass sie meinen, die EU tue zu viel, sondern dass sie der Auffassung sind, sie tue zu wenig. In einer 2013 durchgeführten Meinungsumfrage wurden Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU gefragt, wie schnell sich die EU entwickeln solle und wie schnell sie es tatsächlich tue. Auf einer Skala von 1 (Stillstand) bis 7 (sehr schnelle Entwicklung) konnte eine Angabe gemacht werden. Der Durchschnitt für die gewünschte Geschwindigkeit lag bei 5,0, der des wahrgenommenen Tempos bei 3,2 (Textquelle: Eurobarometer 79 2013, Seite 79).

Kapitel eins sieben: Chlorhühnchen auf Europareise: TTIP

Eine Chance, Tempo gut zu machen, ist der erfolgreiche Abschluss eines Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens zwischen der EU und den USA. Nach der englischen Abkürzung wird dieses Vorhaben im Allgemeinen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) genannt. Ein Zusammengehen von EU und USA hätte nicht nur Wohlfahrtssteigerungen in beiden Gesellschaften zur Folge, sondern würde auch die Möglichkeit erhöhen, weltweit Standards (von technischen bis zu ökologischen) zu bestimmen.

Allerdings stößt das TTIP in der EU, teilweise auch in den USA, auf heftige Ablehnung – und das, bevor überhaupt ein Vertragstext vorliegt. Das Chlorhühnchen ist zur Ikone der TTIP-Gegner geworden und soll einen unverantwortlichen Umgang der USA mit Umwelt- und Lebensmittelstandards belegen. Europäische Standards, so die Forderung der TTIP-Gegner, dürften nicht aufgeweicht und ordentliche Gerichte bei Streitigkeiten nicht

durch Schlichtungsstellen ersetzt werden.

Richtig ist sicherlich, dass Verhandlungen mit den USA anders verlaufen als beispielsweise mit Moldawien, da die Verhandlungsmacht der Vereinigten Staaten sehr groß und der europäischen durchaus ebenbürtig ist. Sollte es zu einem fertigen TTIP-Vertrag kommen, der dann auf beiden Seiten des Atlantiks übrigens das normale Ratifizierungsverfahren durchlaufen und entsprechend parlamentarisch beraten werden muss, wird dieser sicherlich eine Reihe von Kompromissen beinhalten, die mal eher der einen, mal eher der anderen Seite entgegenkommen. Dass die politischen Beziehungen zwischen der EU und den USA durch die NSA-Affäre getrübt wurden, beeinträchtigt die Verhandlungen offensichtlich wenig, die Begleitung derselben in der Öffentlichkeit allerdings durchaus.

Für die politische Bildung gerade mit Jugendlichen ist TTIP ein Glücksfall, da insbesondere junge Menschen sich in dieser Frage engagieren und die persönliche Betroffenheit sehr hoch eingeschätzt wird. Es gibt daher gute Möglichkeiten, die Pros und Contras zum Thema „TTIP“ herauszuarbeiten und kritisch zu diskutieren.

Kapitel zwei: Literaturverzeichnis

Barysch, Katinka (2006): Der Mythos vom polnischen Klempner, Berliner Republik, Nr. 2/2006. Online verfügbar unter www.b-republik.de/archiv/der-mythos-vom-polnischen-klempner [letzter Zugriff: 16.08.2014].

Bild (2010): Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen ... und die Akropolis gleich mit!, Bild online vom 27.10.2010. Online verfügbar unter www.bild.de/politik/wirtschaft/griechenland-krise/regierung-athensparen-verkauft-inseln-pleite-akropolis-11692338.bild.html [letzter Zugriff: 16.08.2014].

Brückner, Hermann/Hauptmann, Andreas/Vallizadeh, Ehsan (2013): Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien. Arbeitsmigration oder Armutsmigration?, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Kurzbericht, Nr. 16/2013. Online verfügbar unter <http://doku.iab.de/kurzber/2013/kb1613.pdf> [letzter Zugriff: 16.08.2014].

Brunn, Gerhard (2009): Die Europäische Einigung. 3., überarb. u. akt. Aufl. Stuttgart.

Bundesministerium der Finanzen (2014): Europäische Finanzhilfen im Überblick (Stand: 30. Juni 2014). Online verfügbar unter www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/Zahlen_und_Fakten/europaeische-finanzhilfen-im-ueberblick-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=54 [letzter Zugriff: 16.08.2014].

Eckhardt, Bernd (2013): Erster Kommentar zur Entscheidung des Bundessozialgerichts am 12.12.2013, das Verfahren zur Frage der Europarechtswidrigkeit des SGB II-Ausschlusses von EU-BürgerInnen, die sich allein zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, auszusetzen und den Europäischen Gerichtshof zur Klärung dreier Fragen anzurufen, Sozialrecht justament, Nr. 4, Seite 1–8. Online verfügbar unter www.harald-thome.de/media/files/Sozialrecht-justament-4-2013.pdf [letzter Zugriff: 16.08.2014].

EGKS-Vertrag (1951): Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951. Online verfügbar unter www.politische-union.de/egksv/index-k.htm [letzter Zugriff: 15.08.2014].

EU-Vertrag (2007): Vertrag über die Europäische Union, Amtsblatt der Europäischen Union, C 326/16. Brüssel.

Eurobarometer 79 (2013): Europäische Kommission: Standard-Eurobarometer 79, Frühjahr 2013, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Bericht, Seite 79. Brüssel. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_en.htm [letzter Zugriff: 21.11.2016]

Eurobarometer 81 (2014): Europäische Kommission: Standard-Eurobarometer 81. Frühjahr 2014, Die Öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste Ergebnisse, Seite 29. Brüssel. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb81/eb81_first_de.pdf [letzter Zugriff: 16.08.2014].

Europäische Kommission (2014): Der Europäische Binnenmarkt. Vorteile für Bürger und Unternehmen der EU. Brüssel. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/internal_market/publications/docs/citizens_de.pdf [letzter Zugriff: 16.08.2014].

Eurostat (2014): Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Luxemburg. Online verfügbar unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=tec00001> [letzter Zugriff: 18.08.2014].

EWG-Vertrag (1957): Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Bundesgesetzblatt 1957 II, Nr. 23. Online verfügbar unter www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Vertraege/Pdf/EWG-Vertrag.pdf [letzter Zugriff: 15.08.2014].

Loth, Wilfried (2014): Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte. Frankfurt am Main/New York [E-Book].

Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-First Century. Cambridge/London [E-Book].

Schuman, Robert (1950): Regierungserklärung (9. Mai 1950), Themenportal Europäische Geschichte, 2006. Online verfügbar unter www.europa.clio-online.de/2006/Article=29 [letzter Zugriff: 15.08.2014].

Stratenschulte, Eckart (2014a): Binnenmarkt, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Europäische Union. Bonn. Online verfügbar unter www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42855/binnenmarkt [letzter Zugriff: 16.08.2014].

Stratenschulte, Eckart (2014b): Europa – Fakten und Zusammenhänge. Bonn.

Wirtschaftswoche (2014): Thema Europa. Großbaustelle Europäischer Binnenmarkt, Wirtschaftswoche online vom 16.08.2014. Online verfügbar unter www.wiwo.de/politik/europa/europa-vorteile-des-binnenmarkts/7520660-2.html [letzter Zugriff: 16.08.2014].

Kapitel drei: Methodisch-didaktische Anmerkungen zu den Arbeitsmaterialien

Ziel des Moduls ist es, den Schülerinnen und Schülern

- a) zu verdeutlichen, dass die Europäische Union im Kern eine politische Organisation ist und trotz ihrer ökonomischen Bedeutung im Zweifelsfall nach politischen und nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten handelt;
- b) einige der Konfliktfelder in der Europäischen Union vor Augen zu führen, um ihnen so die Möglichkeit zu geben, sich eine eigene Meinung zu bilden; und ihnen damit
- c) die Chance zu eröffnen, sich selbst im europäischen Entwicklungsprozess zu verorten und aktiv in den Entscheidungsprozess einzubringen.

Die Europäische Union ist kein Gegenstand, den man wie ein Gedicht einmal lernen kann und dann immer im Kopf parat hat; sie befindet sich vielmehr – wie Gesellschaft generell – in einem ständigen und ausgesprochen schnellen Wandlungsprozess. Die Arbeitsaufgaben zielen daher auch darauf ab, die Schülerinnen und Schüler zu eigenen Recherchen anzuregen und so ein Verhalten einzuüben, das sie beliebig wiederholen können (und müssen, wenn sie sich weiterhin mit diesem Gegenstand beschäftigen wollen).

Kapitel drei eins: Zu den Lernmaterialien im Einzelnen

Lernmaterial eins

Aus der Erklärung von Robert Schuman wird der politische Charakter der geplanten Europäischen Gemeinschaft völlig klar. Er lässt sich auch aus der Präambel des EGKS-Vertrags, der 1951 geschlossen wurde und 1952 in Kraft trat, herauslesen. Das Ziel der EGKS war nicht die reibungslose Verwaltung der Kohlevorräte, sondern die Sicherung des Friedens zwischen den Mitgliedstaaten. Die Europäische Union ist nicht – wie es sich heute in Darstellungen manchmal findet – auf Liebe und Vertrauen gegründet, sondern auf Hass und Misstrauen. Es gab weder Liebe noch Vertrauen zwischen den Gegnern der beiden Weltkriege. Wie hätte das fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs mit seinen zusätzlichen Grausamkeiten wie dem Holocaust anders sein können? Dennoch und gerade deswegen eine Union miteinander zu formen – das ist die große Leistung der Europäischen Gemeinschaft. Die Wirtschaft, im ersten Schritt Kohle und Stahl, war ihr Instrument. Der 9. Mai ist der Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkriegs (1945) gegenüber der

Sowjetunion und ist in Russland und anderen ehemals sowjetischen Ländern bis heute Feiertag. In Westeuropa trifft das auf den 8. Mai zu, da Deutschland gegenüber den Westmächten einen Tag früher aufgegeben hatte. Endgültig zu Ende war der Krieg also am 9. Mai 1945. Die Schuman-Deklaration am 9. Mai hat wiederum den „Europatag“ begründet, der auch für die EU-Beamten ein Feiertag ist. Nach wie vor interessant an dem „alten Kram“ ist, dass sich hier die Grundorientierung der EU zeigt, die sich bis heute erhalten hat: Die Europäische Union ist im Kern eine politische Union. Das zeigen auch die Texte Lernmaterial 3 und Lernmaterial 4.

Lernmaterial zwei

Diese synchronoptische Darstellung gibt einen Überblick über die Erweiterung (auf der x-Achse) und die Vertiefung (auf der y-Achse) der Europäischen Union. Sie dient der Orientierung der Schülerinnen und Schüler und der leichteren zeitlichen Einordnung der Ereignisse.

Lernmaterial drei

Diese Darstellung des Streits zwischen Adenauer und Erhard nimmt das Motiv aus Lernmaterial 1 noch einmal auf und zeigt, dass die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch in Deutschland nicht unumstritten war und dass politische Gesichtspunkte zu ihrer Realisierung führten. Langfristig hat sich gezeigt, dass Erhard auch ökonomisch Unrecht hatte.

Lernmaterial vier

Dieses Schaubild zeigt, dass nicht nur der Gründungsimpuls politisch induziert war. Die Reihenfolge ist (von

oben): Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS-Vertrag, 1952 in Kraft getreten), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, EWG-Vertrag, 1958 in Kraft getreten), Binnenmarkt (Einheitliche Europäische Akte, 1997 in Kraft getreten) und Währungsunion (Vertrag von Maastricht, 1993 in Kraft getreten).

Lernmaterial fünf

Vordergründig ist es eine Touristenwerbung mit einer schönen Landschaft und einem attraktiven Mann. Es handelt sich aber auch um eine Ironie: Während in Frankreich Propaganda gegen die „polnischen Klemptner“ gemacht wurde, zeigt sich dieser nicht nur ausgesprochen anziehend, sondern verkündet gleichzeitig, wenn man ihn treffen wolle, müsse man nach Polen kommen (und eben nicht nach Frankreich). Mittlerweile dreht sich die Debatte vor allem aber – und nicht nur in Deutschland – um Migranten aus Bulgarien und Rumänien, bei denen es sich oftmals um Roma handelt. Die Arbeitsaufgabe sollte zum Anlass genommen werden, die aktuelle Diskussion aufzugreifen. Eine ironische Kampagne, wie sie aus Polen kam und aus der das Plakat in der Arbeitsaufgabe stammt, würde hier nicht viel helfen.

Lernmaterial sechs

Dies ist eine recht umfangreiche Rechercheaufgabe, die aber dazu führt, dass die Schülerinnen und Schüler sich die Zusammenhänge selbstständig aneignen. Der Fiskalvertrag verpflichtet die Staaten zum Abbau der staatlichen Defizite, er ist außerhalb des europäischen Rechts von fünfundzwanzig der damals siebenundzwanzig Mitgliedstaaten (alle außer Großbritannien und Ungarn, Kroatien war noch nicht Mitglied) geschlossen worden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist eine Verschärfung des bereits bei Gründung der Währungsunion geschlossenen Vertrags. Das Europäische Semester verpflichtet die Mitgliedstaaten, ihre Haushaltsentwürfe vor der Beschlussfassung der Europäischen Kommission zur Stellungnahme vorzulegen. Europa 2020 ist ein Programm, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Staaten im globalen Rahmen zu erhöhen; der Euro-Plus-Pakt, den dreiundzwanzig der damals siebenundzwanzig Staats- und Regierungschefs vereinbart haben, dient demselben Ziel. Das Wirtschaftspolitische Überwachungsverfahren ist in das Europäische Semester eingebettet. In seinem Rahmen soll überprüft werden, ob drohende makroökonomische Ungleichgewichte die Stabilität des jeweiligen Staates oder gar der Eurozone insgesamt beeinträchtigen könnten.

In der dritten Säule sind Ziele genannt, die durch die im Aufbau befindliche „Bankenunion“ erreicht werden sollen. Damit soll verhindert werden, dass riskante Bankgeschäfte eine ganze Volkswirtschaft in den Abgrund reißen – wie das in Irland und auch in Spanien der Fall war. Der wichtigste Stabilitätsmechanismus ist der ESM, der Europäische Stabilitätsmechanismus, in den EFSF und EFSM aufgegangen sind bzw. nach Auslaufen der jeweiligen Programme aufgehen werden. Er ist das, was man umgangssprachlich als „Rettungsschirm“ bezeichnet. Wenn man auf die genannte Quelle geht und das Schaubild aufruft, kann man sich zu jedem einzelnen Punkt zusätzliche Informationen herunterladen.

Lernmaterial sieben

Der Satz der Kanzlerin „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ ist weithin berühmt geworden. Neben einem Auszug aus dem Wahlprogramm der eurokritischen Alternative für Deutschland (AfD), deren Namen auf die häufigen Äußerungen der Kanzlerin, ihre Politik sei alternativlos, anspielt, findet sich hier ein Auszug aus der Regierungserklärung von Angela Merkel, in der der Satz gefallen ist.

Die Debatte soll dazu dienen, beide Positionen kritisch zu beleuchten. Deshalb geht es nicht darum, dass jede oder jeder seine Meinung sagt, sondern dass zwei Meinungen ausgearbeitet werden und aufeinandertreffen.

Lernmaterial acht

Diese Rechercheaufgabe dient dazu, die europäische Ebene im Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler mit der eigenen Lebenswelt in Verbindung zu bringen. Auch die örtlichen Verwaltungen (Stadt, Landkreis, Land) können Auskunft geben und tun dies sowohl im Internet als auch persönlich gerne.

Lernmaterial neun

Es wird viel über die „Europaverdrossenheit“ der Bürgerinnen und Bürger gesprochen. Dieser Auszug aus dem Eurobarometer gibt eine interessante Erklärung: Zumindest ein Teil der Unzufriedenheit mit der EU resultiert

nicht daraus, dass die EU zu viel tut, sondern zu wenig beziehungsweise zu langsam. Dies können die Schülerinnen und Schüler in Gruppenarbeiten herausarbeiten.

Lernmaterial zehn

Das TTIP ist ein heißes Eisen in der politischen Diskussion und von daher hervorragend für den Unterricht geeignet. Die Fronten scheinen klar: Die Jungen, die Linken, die Grünen und die Gewerkschaften sind gegen TTIP und die konservativ geführte Regierung sowie die Unternehmer sind dafür. Ziel der Arbeitsaufgabe ist es, zur eigenständigen Auseinandersetzung mit dem Thema anzuregen. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass Aussagen hinterfragt werden. Müssen wir wirklich alle täglich Chlorhühnchen essen, wenn TTIP Wirklichkeit wird? Steht das Chlorhühnchen überhaupt im Vertrag? Gibt es auch europäische Stellungnahmen, die die Behandlung von Schlachthühnern mit Chlor befürworten? Stimmt es, dass die US-Standards grundsätzlich schlechter sind als europäische? Interessant ist auch, wie es in einer öffentlichen Debatte gelingen kann, eine komplizierte Materie auf einen Begriff zu reduzieren und eine politische Auseinandersetzung damit zu führen. Im Falle von TTIP ist das das „Chlorhühnchen“, bei den sozialen Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 in Deutschland war es „Hartz IV“.

Kapitel vier: Lernmaterialien

Kapitel vier, Lernmaterial eins: Gründungsimpuls für die erste Europäische Gemeinschaft (für Kohle und Stahl)

Aus der Regierungserklärung des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950, die zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl führte:

Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.

Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. Frankreich, das sich seit mehr als zwanzig Jahren zum Vorkämpfer eines Vereinten Europas macht, hat immer als wesentliches Ziel gehabt, dem Frieden zu dienen. Europa ist nicht zustande gekommen, wir haben den Krieg gehabt.

Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muß in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen.

Zu diesem Zwecke schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten.

Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind.

Textquelle: Schuman-Erklärung – 9. Mai 1950. Rechtschreibung im Original. Internetquelle (letzter Zugriff: 29.08.2014): http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/europe-day/schuman-declaration/index_de.htm



Arbeitsvorschläge

Muss Sie der alte Kram eigentlich interessieren? Das ist die Leitfrage für die Aufgabe. Allerdings werden Sie die nur beantworten können, wenn Sie sich damit beschäftigt haben:

1. Welche Motive verfolgte Schuman mit der Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion?
2. Warum konzentriert sich Schuman ausgerechnet auf Kohle und Stahl?

3. Hat das Datum seiner Regierungserklärung (9. Mai 1950) eine besondere Bedeutung? Recherchieren Sie das Datum 9. Mai!
4. Zurück zur Ausgangsfrage: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde im Jahr 2002 aufgelöst, da der für 50 Jahre geschlossene Vertrag in diesem Jahr auslief. Bitte diskutieren Sie in kleinen Gruppen: Was spricht dafür, was spricht dagegen, sich damit heute überhaupt noch zu beschäftigen?

Kapitel vier, Lernmaterial zwei: Geschichte der Integration: Vertiefung und Erweiterung

Die Ereignisse von 2013 absteigend bis 1952

Vertiefung

01.07.2013: Beitritt Kroatiens

Achte Erweiterung

2013: siebenundzwanzig Mitgliedsstaaten plus Kroatien

Vertiefung

04.08.2010: Inkrafttreten des EFSF als erstes Element des Euro-Rettungsschirms als Reaktion auf die Währungskrise

01.12.2009: Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags

13.12.2007: Unterzeichnung des Lissabonner Vertrags

Siebte Erweiterung

2007: fünfundzwanzig Mitgliedsstaaten plus Bulgarien und Rumänien

Vertiefung

2004: Verfassungsvertrag, gescheitert 2007

Sechste Erweiterung

2004: fünfzehn Mitgliedsstaaten plus Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern

Vertiefung

2003: Vertrag von Nizza

2000: Konferenz von Nizza

1999: Amsterdamer Vertrag

1999: WWU: Einführung des Euro

1995: Schengener Abkommen

Fünfte Erweiterung

1995: zwölf Mitgliedsstaaten plus Finnland, Österreich und Schweden

Vertiefung

1993: Vollendung des Binnenmarkts

1993: EWR-Abkommen

Vierte Erweiterung

1990: zwölf Mitgliedsstaaten plus ehemalige DDR

Vertiefung

1987: Einheitliche Europäische Akte

Dritte Erweiterung

1986: zehn Mitgliedsstaaten plus Portugal und Spanien

Zweite Erweiterung

1981: neun Mitgliedsstaaten plus Griechenland

Vertiefung

1979: Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament

1979: Europäisches Währungssystem (EWS)

1977: Vollendung des Zollabbaus unter den Mitgliedern

1975: Einführung des Regionalfonds

Erste Erweiterung

1973: sechs Mitgliedsstaaten plus Dänemark, Großbritannien und Irland

Vertiefung

1972: Währungsschlange

1970: Außenhandelskompetenz geht an EG über

1968: Zollunion

1967: Fusion der drei Gemeinschaften

1962: Agrarmarktabkommen

1958: Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, abgekürzt EWG, und der Europäischen Atomgemeinschaft, abgekürzt EAG, durch die sechs Mitgliedstaaten

1952: Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, abgekürzt EGKS, durch Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg

Textquelle: Eckart D. Stratenschulte

Kapitel vier, Lernmaterial drei: Politisch richtig – ökonomisch falsch? Der Streit um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

Die Idee eines gemeinsamen Marktes und einer Zollunion der sechs Montanunionstaaten bildete den Kern des neuen europapolitischen Anlaufs, der nach der Messina-Konferenz vom Juni 1955 Gestalt anzunehmen begann. Ludwig Erhard hielt diesen Ansatz für verfehlt. Zwar begrüßte er die geplante engere Zusammenarbeit und Liberalisierung innerhalb der Sechser-Gemeinschaft, doch hielt er den eingeschlagenen Weg zur Erreichung dieses Zieles für falsch. Einer Zollunion wohne, so der Bundeswirtschaftsminister, stets eine Tendenz zur Abschottung nach außen inne. Dies führe zu einer gefährlichen Zerstückelung der Märkte. In Erhards Denken war jedoch kein Platz für Regionalismus oder engstirnigen Nationalismus. Er war, was man heute einen global denkenden Politiker nennen würde. Seine Vision galt einem von autarken, isolationistischen und protektionistischen Tendenzen befreiten Welthandel in einer offenen internationalen Gesellschaft. [vergleiche Anmerkung eins am Textende] Gerade die Exportnation Bundesrepublik bedurfte nach Erhard, aber auch nach Ansicht zahlreicher Vertreter aus Industrie und Handel, eines möglichst offenen und umfassenden Marktes. 1955 wickelte die Bundesrepublik nur rund ein Viertel ihres Außenhandels mit den Ländern der Sechsergemeinschaft ab. [vergleiche Anmerkung zwei am Textende] Erhard nahm an, die Negativfolgen eines gemeinsamen höheren Außenzolles könnten die positiven Effekte einer Liberalisierung im Binnenmarkt der Sechs übertreffen. Zudem befürchtete er, in einer auf die sechs Staaten der Montanunion beschränkten Wirtschaftsgemeinschaft könne Frankreichs antiliberalistische Tradition einer „économie programmé“ auch in der Bundesrepublik zu staatlichem Dirigismus führen. Dieselbe Gefahr sah er von supranationalen Institutionen ausgehen, die er darum entschieden ablehnte.

[hier Text gekürzt]

Der Bundeswirtschaftsminister war keineswegs der einzige, wohl aber der profilierteste Kritiker. [vergleiche Anmerkung drei am Textende] International wuchsen jedenfalls Zweifel am weiteren europäischen Integrationswillen der soeben erst in die Souveränität entlassenen Bundesrepublik. Mit einem Schreiben an die Bundesminister vom 19. Januar 1956 versuchte Bundeskanzler Adenauer daher ein klares Bekenntnis zum Messina-Beschluß als Richtlinie deutscher Politik durchzusetzen. Eventuell vorhandene fachliche Bedenken mußten der höheren politischen Zielsetzung untergeordnet werden.

Adenauers Bemühungen um eine Disziplinierung des Bundeskabinetts blieb jedoch ein dauerhafter Erfolg versagt. Erhard redete weiterhin gegen das in seinen Augen verfehlt Projekt der „Europa-Romantiker“ an. [vergleiche Anmerkung vier am Textende] „Jene monomane Haltung, die alles gutheißt, was nur überhaupt ‚europäisch‘ verbrämt werden kann“, so schrieb Erhard dem Bundeskanzler, führe zu „keiner wahrhaft europäischen Lösung und Befriedung.“ Darum habe er Adenauers „Integrationsbefehl“ beklagt, der leider auch jene Teillösungen gutheißt, „die im Effekt nicht zu einer echten Integration, sondern zu einer Aufsplitterung und Zerfransung der Volkswirtschaft führen“. Wirtschaftliche Fehler und Sünden würden aber nicht dadurch geheilt, daß man sie lediglich europäisch proklamiere. [vergleiche Anmerkung fünf am Textende]

Der solchermaßen kritisierte Bundeskanzler antwortete mit einer scharfen Zurechtweisung seines Wirtschaftsministers und stellte noch einmal die politische Notwendigkeit der weiteren europäischen Integration dar:

„Sie schlagen in Ihrem Antwortbrief zuweilen einen Ton an, den ich nicht mehr von Ihnen angeschlagen sehen möchte. [hier Text gekürzt] Ihre Ausführung[en] liegen neben der Sache. Die europäische Integration war das notwendige Sprungbrett für uns, um überhaupt wieder in die Außenpolitik zu kommen. Europäische Integration ist auch um Europas willen und damit unsererseits notwendig. Europäische Integration ist aber vor allem notwendig, weil die Vereinigten Staaten sie als Ausgangspunkt ihrer ganzen Europapolitik betrachten und weil ich genau wie Sie die Hilfe der Vereinigten Staaten als absolut notwendig für uns betrachte. Ich bin der Auffassung, daß wir einen ‚gemeinsamen Markt‘ haben müssen. Er wird in Etappen und stückweise kommen müssen. Aber die Richtung dieses Ziels muß uns immer vor Augen bleiben. Den Ausdruck ‚Integrationsbefehl‘ hätten Sie besser unterlassen.“ [vergleiche Anmerkung sechs am Textende]



Anmerkungen

Anmerkung eins

Vergleiche Lukomski, Jess M.: Ludwig Erhard. Der Mensch und Politiker. Düsseldorf u.a. 1965, Seite 169; Lappenküper, Ulrich: „Ich bin wirklich ein guter Europäer.“ Ludwig Erhards Europapolitik 1949 bis 1966. In: Francia 18/3 (1991), Seite 85 bis 121 (87); Hildebrand, Klaus: Ludwig Erhards Kanzlerschaft. In: Ludwig Erhard und seine Politik. Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung, Band 13. Stuttgart, New York 1985, Seite 43 bis 59 (Seite 52); Guth, Wilfried: Europäische Integration und Soziale Marktwirtschaft. In: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Ludwig Erhard 1897 bis 1997. Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung. Bewertung und Ausblick. Die Festschrift zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard. Düsseldorf 1996, Seite 441 bis 464 (Seite 443).

Anmerkung zwei

Vergleiche Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer 1949 bis 1957. Die Gründungsjahre der Republik. Stuttgart, Wiesbaden 1981, Seite 341; Loth, Winfried: Deutsche Europa-Konzeptionen in der Gründungsphase der EWG. In: Serra, Enrico (Hrsg.): Il rilancio dell'Europa e i Trattati di Roma, Milano 1989, Seite 585 bis 605 (Seite 594 f.).

Anmerkung drei

Kritische Stimmen zum Projekt des Gemeinsamen Marktes kamen ferner aus den Bundesministerien für Landwirtschaft und für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und anderen Wirtschaftsverbänden. Vergleiche Bühner, Werner: Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 40/2 (1992), Seite 241 bis 261 (Seite 257 f.) bzw. den Beitrag von Wolfram Kaiser in dieser Festgabe. Auch EURATOM, das andere europapolitische Integrationsvorhaben, stieß auf weitgehende Ablehnung im Bundesministerium für Atomfragen.

Anmerkung vier

Vergleiche Brief Erhards an Adenauer, 27.04.1956, in AdLES NE 1(4). Sich selbst verstand Erhard dagegen als „Realisten einer Integrationspolitik“.

Anmerkung fünf

Vergleiche Schreiben Erhards an Adenauer, 11.04.1955, in AdLES NE I 1(4)

Anmerkung sechs

Brief Adenauers an Erhard, 13.04.1956, in AdLES NE 1(4).

Textquelle: Tim Geiger, Ludwig Erhard und die Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Rudolf Hrbek (Hrsg.), 40 Jahre Römische Verträge: der deutsche Beitrag; Dokumentation der Konferenz anlässlich des 90. Geburtstages von Dr. h.c. Hans von der Groeben. Baden-Baden: Nomos, 1998, Seite 50 bis 64, Rechtschreibung im Original

Erläuterungen

- a) Monoman: aus der Psychiatrie stammender Ausdruck, der ein Krankheitsbild (Monomanie) beschreibt, in der jemand von einer fixen Idee besessen ist
- b) Messina: Stadt in Italien (Sizilien), in der die Verhandlungen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stattfanden (Konferenz von Messina, 1. Bis 3. Juni 1955)

Arbeitsvorschläge

1. Bitte lesen Sie den Text (Lernmaterial drei) aufmerksam. Worin besteht der Streit zwischen Bundeskanzler Adenauer und Wirtschaftsminister Erhard?
2. Aus welcher Position heraus argumentiert Erhard, aus welcher Adenauer?
3. Welche Position hätten Sie eingenommen? Begründen Sie Ihre Position!

Kapitel vier, Lernmaterial vier: Politische Impulse der ökonomischen Entwicklung der europäischen Integration

Darstellung von Impulsen und Ereignissen

Impulse

1. Friedenssicherung durch Kooperation
2. Bedeutungsverlust von Kohle und Stahl
3. „Eurosklerose“
4. Einbindung des größeren Deutschlands in EU

Ereignisse

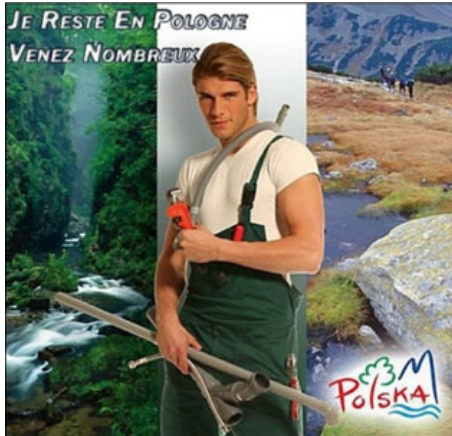
- a) Binnenmarkt
- b) Währungsunion (Euro)
- c) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- d) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Arbeitsvorschläge

1. Recherchieren Sie, wann die einzelnen Verträge abgeschlossen wurden und was mit ihnen vereinbart wurde!
2. Bitte ordnen Sie die Ereignisse den Impulsen zu und geben Sie die Jahreszahl des Inkrafttretens der entsprechenden Verträge an!
3. Beschreiben Sie anhand der Verträge den Weg zur europäischen Integration!
4. Recherchieren Sie, wo die europäische Integration weit fortgeschritten ist und wo Defizite bestehen! Welche Probleme entstehen durch die unterschiedlichen Grade der Integration?

Kapitel vier, Lernmaterial fünf: Freizügigkeit im Binnenmarkt

Als es in Frankreich 2004/2005 eine Diskussion darüber gab, dass polnische Klempner in großer Zahl nach Frankreich kämen und französischen Handwerkern dadurch die Aufträge abnähmen, veröffentlichte die Polnische Tourismusorganisation das auf dieser Seite dargestellte Poster in Frankreich.



"I'm staying in Poland, come one and all", Polish Tourist Board

Arbeitsvorschläge

Der Text (Lernmaterial 5fünf) lautet: „Ich bleibe in Polen – kommt massenhaft!“

1. Was sind die Aussagen dieser Anzeige?
2. Wie beurteilen Sie diese Kampagne?
3. Aktuell wird über Bulgaren und Rumänen diskutiert, die nach Deutschland kommen. Recherchieren Sie die aktuelle Situation! (Stimmt es überhaupt, dass viele Menschen aus Bulgarien und Rumänien zu uns kommen? Um wie viele Personen handelt es sich? Wie hoch ist das Qualifikationsniveau?) Überlegen Sie, ob eine solche Kampagne auch aus bulgarischer oder rumänischer Sicht sinnvoll wäre!
4. Was sind die Chancen und die Probleme der Freizügigkeit in Europa?

Kapitel vier, Lernmaterial sechs: Die Stabilisierung des Euro



Arbeitsvorschläge

1. Beschreiben Sie anhand des Schaubildes (Lernmaterial sechs), mit welchen Instrumenten die Stabilität des Euro gewährleistet werden soll beziehungsweise sollte.
2. Recherchieren Sie in Gruppen die einzelnen Elemente der Säulen: Was ist der Fiskalvertrag, was der Stabilitäts- und Wachstumspakt, was das Europäische Semester? Die entsprechenden Fragen gelten für die anderen Säulen, einschließlich jener mit der Überschrift „Stabilitätsmechanismen“.
3. Recherchieren Sie, ob die Maßnahmen in der Finanz- und Währungskrise seit 2009 gegriffen haben.

Sie können die Internetseite des Bundesministeriums der Finanzen als Ausgangsbasis für Ihre Recherche nehmen:

www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euroraums/stabilisierung_des_euroraums.html

Kapitel vier, Lernmaterial sieben: Scheitert der Euro, scheitert Europa? – Eine Debatte

Text eins

Im Wahlprogramm der Alternative für Deutschland zur Europawahl 2014, bei der sie 7,1 Prozent der Stimmen errungen hat und sieben Sitze im Europäischen Parlament gewann, finden sich folgende Passagen zur europäischen Einigung und zum Euro:

Die europäische Einigung konnte Frieden und wachsenden Wohlstand ermöglichen, weil ihre Mitgliedsstaaten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft verwirklicht haben. Diesen Erfolgen stehen Auswüchse der EU in Form von Zentralismus, Bürokratie und Dirigismus entgegen, die den historischen Erfolg Europas in immer stärkerem Maße bedrohen. Zudem werden die Erfolge der europäischen Einigung immer stärker durch den Euro gefährdet. Die Einheitswährung sät Zwietracht in der Eurozone, weil Südeuropa verarmt und die Gelder anderer Länder im Norden beansprucht.

Mit der „Eurorettung“ wächst – ohne demokratische Kontrolle – die Machtfülle europäischer Institutionen: [d]er Europäischen Zentralbank, der Europäischen Kommission, des Europäischen Stabilisierungsmechanismus und der Bankenunion. So entsteht ohne Zustimmung der Bürger ein bürgerferner Kunststaat, der auf Vertrags- und Rechtsbrüche zurückgeht. Zusammen mit gewaltigen ökonomischen und sozialen Verwerfungen in den Südländern, der schleichenden Enteignung von Sparern und der ungerechten Belastung von Steuerzahlern der ökonomisch stabileren Staaten führt dies zu einer steigenden Ablehnung der EU durch ihre Bürger. In einzelnen Staaten wird sogar offen der Austritt aus dieser EU gefordert.

Textquelle: Mut zu Deutschland. Vielfalt für Europa. Das Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, Seite 2, Hervorhebung im Original. Internetquelle (letzter Zugriff: 29.08.2014): <http://alternatiefuer.de/wp-content/uploads/2014/04/Europaprogramm-der-AfD1.pdf>

Text zwei

Am 19. Mai 2010 gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung zur Rettung des Euro vor dem Deutschen Bundestag ab:

Heute sind wir zusammeng gekommen, um eine Entscheidung zu fällen, die für die Zukunft Deutschlands und Europas noch bedeutender ist; denn jeder von uns spürt: Die gegenwärtige Krise des Euro ist die größte Bewährungsprobe, die Europa seit Jahrzehnten, ja wohl seit Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957 zu bestehen hat. Diese Bewährungsprobe ist existenziell, und ich füge hinzu: Sie muss bestanden werden.

Bringen wir es auf den Punkt. Der **Euro**, der zusammen mit dem Binnenmarkt das Fundament für Wachstum und Wohlstand auch in Deutschland darstellt, ist in Gefahr. Wenden wir diese Gefahr nicht ab, dann sind die Folgen für Europa unabsehbar, und dann sind auch die Folgen über Europa hinaus unabsehbar. Eine Ahnung von dem, was dann geschehen könnte, haben wir am Donnerstagabend vor unserer Griechenland-Debatte mit den schon fast hysterisch anmutenden Turbulenzen auf den internationalen Märkten bekommen.

Was dort sichtbar wurde – Sie alle haben es mitverfolgt –, war dramatisch. Deshalb gab es zur Sicherung der Stabilität des gesamten Euro-Finanzsystems wenige Tage später keine vernünftige Alternative. Die Ultima Ratio war erreicht; das heißt nichts anderes, als dass der Euro insgesamt in Gefahr war. Aber das, was sich in jenen Tagen abspielte, war nur die ökonomische Ahnung dessen, was auf Deutschland, Europa und die Welt zukäme, wenn nicht oder falsch gehandelt würde. Die politischen Folgen dagegen sind noch nicht einmal in Gedanken vorstellbar.

Legen wir deshalb einen Moment die technischen Eckdaten des vorliegenden Gesetzentwurfs beiseite: die Kredite in Höhe von 750 Milliarden Euro, die notfalls zur Verfügung stehen, von denen 60 Milliarden Euro von der Europäischen Union gedeckt werden, für die die Euro-Staaten anteilig für bis zu 440 Milliarden Euro bürgen und Deutschland wiederum für 123 Milliarden Euro, gegebenenfalls 20 Prozent mehr. Der Internationale Währungsfonds will zusätzlich einen Betrag von mindestens der Hälfte des europäischen Anteils tragen. Das wären bis zu 250 Milliarden Euro. Das sind die Zahlen und Eckdaten. Aber legen wir sie kurz beiseite; denn wir wissen: Es geht um viel mehr als um diese Zahlen; es geht um viel mehr als um eine Währung. Die **Währungsunion** ist eine Schicksalsgemeinschaft. Es geht deshalb um nicht mehr und nicht weniger als um die Bewahrung und Bewährung der europäischen Idee.

Das ist unsere historische Aufgabe; denn scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Wenden wir diese Gefahr aber ab, dann werden der Euro und Europa stärker als zuvor sein. Wir müssen zweierlei schaffen: die Bewältigung der akuten Krisensituation zum einen und die Vorsorge für die Zukunft zum anderen.

Textquelle: Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin: zu den Maßnahmen der Stabilisierung des Euro, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 42. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 19. Mai 2010, Seite 4.125 bis 4.126, Hervorhebungen im Original. Internetquelle (letzter Zugriff: 29.08.2014): Online verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17042.pdf>

Arbeitsvorschläge

1. Analysieren Sie die beiden Standpunkte (Lernmaterial acht). Was sind die zentralen Aussagen? Was sind die politischen Ziele?
2. Organisieren Sie eine Debatte zwischen zwei Gruppen: Eine Gruppe spricht für den Euro und die Eurorettung, die andere dagegen. Debattenregeln finden Sie unter www.heidelberg-debating.de/regeln.

Kapitel vier, Lernmaterial acht: Die Strukturpolitik der Europäischen Union

Die Regional- und Strukturpolitik der Europäischen Union ist der Bereich, für den die EU das meiste Geld ausgibt. Sie folgt dem Gedanken der Solidarität und war von Anfang an Teil des europäischen Politikansatzes. 1987 fand sie in der Einheitlichen Europäischen Akte als Kohäsionspolitik ihren Niederschlag: Durch sie werden ärmere oder besonders vom Strukturwandel betroffene Regionen in der EU unterstützt, um ihnen dabei zu helfen, den Rückstand aufzuholen.

In der neuen Förderperiode, die sich von 2014 bis 2020 erstreckt, wird die Regionalpolitik auf die Ziele der Entwicklungsstrategie „Europa 2020“ ausgerichtet und zielt vor allem auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Auch die nachhaltige Entwicklung und damit einhergehend die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen sind Ziele der Regionalpolitik. Insgesamt sollen bis 2020 dreihunderteinundfünfzig Milliarden Euro für die Regional- und Kohäsionspolitik ausgegeben werden. Dabei soll das Geld auf die Bereiche und Sektoren konzentriert werden, in denen die größten Fortschritte zu erwarten sind. Es sollen Projekte gefördert werden, die kleine und mittlere Unternehmen stärken, Innovationen realisieren, Verkehrsverbindungen schaffen und die Qualifizierung der Arbeitskräfte unterstützen. Ein wichtiger Fördergesichtspunkt ist auch die digitale Agenda der Europäischen Union, mit der digitale Techniken einschließlich des Internets verstärkt zur Schaffung von Wachstum und Wohlstand genutzt werden sollen.

Die EU-Regionalpolitik wird über fünf verschiedene Fonds gesteuert: den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, kurz EFRE, den Europäischen Sozialfonds, kurz ESF, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, kurz ELER, und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, kurz EMFF.

Die Regionalförderung steht allen Regionen in der EU zu. Allerdings werden diese in drei Kategorien eingeteilt:

1. weniger entwickelte Regionen (deren Bruttoinlandprodukt – BIP – pro Kopf weniger als fünfundsechzig Prozent des EU-Durchschnitts beträgt)
2. Übergangsregionen, in denen das BIP pro Kopf zwischen fünfundsechzig und neunzig Prozent liegt, und
3. stärker entwickelte Regionen, die mehr als neunzig Prozent des BIP pro Kopf der gesamten EU aufweisen

Das meiste Geld fließt in die erste Gruppe. Deutschland erhält bis 2020 19,2 Milliarden Euro. Das ist deutlich weniger als Polen bekommen wird, für das 77,6 Milliarden Euro vorgesehen sind, aber mehr als nach Frankreich überwiesen wird (15,9 Milliarden Euro). Einen Überblick über alle Länder der EU erhält man hier: http://ec.europa.eu/regional_policy/thesfunds/funding/index_de.

Voraussetzung für den Erhalt europäischer Mittel ist ein Programm, das mit der Europäischen Kommission vereinbart werden muss. Von den Regionen wird grundsätzlich, aber in unterschiedlicher Höhe, eine Kofinanzierung verlangt, um sicherzustellen, dass die Gebiete tatsächlich Interesse an den Maßnahmen haben.

Textquelle: Eckart D. Stratenschulte, Regional- und Strukturpolitik, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Europäische Union, Bonn, 2014. Internetquelle (letzter Zugriff: 29.08.2014): www.bpb.de/themen/ERG1AB,0,0,Regional_und_Strukturpolitik.html

Arbeitsvorschläge

1. Recherchieren Sie, ob es in Ihrer Region EU-geförderte Projekte gibt. Falls das der Fall ist, beschreiben Sie sie und überlegen Sie, warum die EU dieses Projekt unterstützt. Falls es nicht der Fall ist, überlegen Sie, warum die EU in Ihrer Region kein Projekt fördert.
2. Wenn Sie ein Projekt finden: Ist es aus Ihrer Sicht sinnvoll? Wenn ja, warum? Falls nein, warum nicht?

Sie können die Internetseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie als Einstiegsinformation nutzen: www.bmwi.de/DE/Themen/Europa/Strukturfonds/foerderperiode-2014-2020.html

Kapitel vier, Lernmaterial neun: Was die Europäer wünschen ...



Die Grafik zeigt einen Ausschnitt aus einer Meinungsumfrage, die im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wurde (Eurobarometer). Die Frage lautete:

„Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird? Nr. 1 (steht still) – Nr. 7 (läuft so schnell wie möglich.)“ [Textquelle am Textende]

„[hier Text gekürzt] In dieser Eurobarometer-Umfrage wurden die befragten Personen gebeten, sich über die Geschwindigkeit des europäischen Aufbaus zu äußern: einerseits über die wahrgenommene Geschwindigkeit, andererseits über das von ihnen gewünschte Tempo. Zu diesem Zweck wurden sie gebeten, sich für eine der [hier Text gekürzt] abgebildeten Männchen zu entscheiden, von der Nummer 1, das stillsteht, bis zur Nummer 7, das schnellst möglich läuft. Auf der Basis der in der Statistik zusammengefassten Antworten wurde dann eine Durchschnittsgeschwindigkeit errechnet Diese Frage wurde bereits vor einem Jahr, im Rahmen der Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2012 (EB77) gestellt; diese dient also als Vergleichsmaßstab.

Auf dieser Skala von 1 bis 7 beträgt die von den Europäern eingeschätzte Durchschnittsgeschwindigkeit 3,2, dagegen ergibt sich als gewünschter Wert die 5. Die eingeschätzte Durchschnittsgeschwindigkeit bleibt seit dem Frühjahr 2012 die gleiche, während der Durchschnittswert der gewünschten Geschwindigkeit etwas ansteigt, von 4,9 auf 5. Die durchschnittliche Wunschgeschwindigkeit erreicht folglich seit dem Frühjahr 1995 (EB43) den höchsten gemessenen Wert. Wenn es auch aufgrund der strukturellen Beschaffenheit dieses Indikators im Meinungsbild stets eine Differenz zwischen der gewünschten Geschwindigkeit des europäischen Aufbaus und dem wahrgenommenen Tempo gab, so nahm diese Kluft seit 2008 doch deutlich zu: es ist nämlich heute ein Abstand zwischen eingeschätzter und erwünschter Geschwindigkeit festzustellen, wie er niemals zuvor registriert wurde. Mit anderen Worten, unter dem Einfluss der Wirtschafts- und Finanzkrise wird im europäischen Meinungsbild eine Verlangsamung des europäischen Aufbaus wahrgenommen und zugleich eine Beschleunigung gewünscht.“

Textquelle: Eurobarometer 79, Frühjahr 2013, Seite 79. Internetquelle (letzter Zugriff: 29.08.2014): http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_publ_de.pdf

Arbeitsvorschläge

1. Analysieren und diskutieren Sie das Ergebnis: Was sind die zentralen Aussagen? Was drückt das Ergebnis aus? Wie verträgt sich das Ergebnis mit den Behauptungen von der Europa-Verdrossenheit vieler Bürgerinnen und Bürger?
2.
 - a) Führen Sie in Ihrer Lerngruppe eine kleine Befragung nach dem obigen Muster durch und halten Sie das Ergebnis fest!
 - b) Nun vergleichen Sie Ihre Ergebnisse mit denen der Umfrage! Gibt es Unterschiede? Sind sie überrascht?

Kapitel vier, Lernmaterial zeh: TTIP: Chlorhühnchen auf Europareise?

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika verhandeln derzeit über ein Handels- und Investitionsabkommen, das nach seiner englischen Abkürzung TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) genannt wird.

Während frühere Abkommen ähnlicher Art, die die EU geschlossen hat, von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurden, gibt es um das TTIP mit den USA heftige Kontroversen.

Arbeitsvorschläge

Bitte setzen Sie sich mit den Argumenten für und gegen ein TTIP auseinander!

1. Was spricht für ein solches Abkommen?
2. Was spricht gegen ein Abkommen?
3. Wo wird grundsätzlich argumentiert, wo mit Einzelfällen?
4. Werden die Behauptungen belegt oder wirken sie durch ihre sprachliche Strahlkraft?
5. Lassen Sie sich vom Chlorhühnchen nicht ablenken! Suchen Sie nach Stichworten wie „Schiedsgericht“ oder „kulturelle Vielfalt“!

Greifen Sie dazu auf die zahlreichen aktuellen Informationen im Internet zurück.

- Befürwortet wird das TTIP von der Europäischen Kommission, die auch die Verhandlungen führt. Die Pro-Argumente finden Sie auf der Internetseite der Kommission unter http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/index_de.htm.
- Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie unterstützt TTIP. Seine Argumente finden Sie unter www.bdi.eu/TTIP_Argumente.htm.
- Die Bundesregierung informiert mit positivem Unterton über TTIP. Ihre entsprechende Internetseite (www.bundesregierung.de/Content/DE/Infodienst/2014/05/2014-05-20-ttip/2014-05-20-ttip-richtig-verstehen.html) ist mit Websites von Institutionen verlinkt, die ebenfalls das Abkommen unterstützen.
- Die 52. Lehrredaktion der Deutschen Journalistenschule hat junge Befürworter des TTIP identifiziert und interviewt: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/pro-ttip-die-hoffnung-der-anderen-1.2087324.
- Die Bundesregierung hat auf eine Große Anfrage der Fraktion der Linken, die 125 Fragen zum TTIP enthielt, ausführlich geantwortet. Die Antworten finden Sie auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/P-R/Parlamentarische-Anfragen/18-432,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf.
- Kritisch setzt sich der Deutsche Gewerkschaftsbund mit dem Thema „TTIP“ auseinander: www.dgb.de/themen/++co++a98b3340-bc89-11e2-bf0b-00188b4dc422.
- Die Gegner des TTIP sind zahlreich. Zu ihnen gehören die Bundestagsparteien der Opposition, Die Linke (www.die-linke.de/politik/aktionen/ttip-stoppen/) und Bündnis 90/Die Grünen (www.gruene.de/ueberuns/stop-ttip-die-europaeische-buergerinitiative.html).
- Die zivilgesellschaftliche Organisation Attac hat eine Kampagne gestartet, um TTIP zu stoppen: www.attac.de/ttip-stoppen.